

Gewerkschaftliche Positionen

Energiewende im Norden:
wirtschaftlich erfolgreich,
klimaneutral, technologieoffen,
sozial gerecht



Herausgeber

DGB Nord
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg
nord.dgb.de

DGB Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt
Otto-Brenner-Straße 1
30159 Hannover
niedersachsen-bremen-sachsenanhalt.dgb.de

Autoren: Thies Hansen und Ole Borgard
für ver.di, Ralf Becker für die IG BCE,
Heiko Messerschmidt und Thomas Ahme
für die IG Metall, Johannes Grabbe
und Heiko Gröpler für den DGB

Redaktion: Heiko Gröpler
Verantwortlich: Uwe Polkaehn
Fotos: Peter Bisping, Isadora Tast,
Markus Feger, Iris Klöpffer

Gestaltung/Druck drucktechnik-altona.de

März 2020

Grundsätze



Der DGB und seine Mitglieds-gewerkschaften im Norden sind sich der hohen Bedeutung und der Herausforderungen des Klimaschutzes bewusst. Sie bekennen sich zu klaren, verbindlichen Klimaschutzzielen, wie sie unter anderem 2015 in Paris beschlossen worden sind.

Die Gewerkschaften vertreten im Rahmen der Klimapolitik einen Nachhaltigkeitsansatz, der sich aus einer ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension zusammensetzt.

Um die Akzeptanz bei Beschäftigten und Bevölkerung nicht zu gefährden, muss die Klimapolitik sowohl mit der Sozial- als auch der Wirtschafts- und Industriepolitik eng verknüpft sein.

Hierzu zählt auch die Beachtung von Beschäftigungseffekten.

Eine sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung bildet die Basis für einen erfolgreichen Industrie- und Dienstleistungsstandort.

Die Gewerkschaften bekennen sich zu den Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (KWSB).

Gleichzeitig erfordert der vereinbarte Kohleausstieg nun einen deutlich schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien, will man nicht auf fossil oder atomar erzeugte Energieimporte angewiesen sein.

Liebe Leserinnen und Leser, Dürreperioden, Starkregen, Unwetter, jedes Jahr neue Rekordtemperaturen – die Folgen des Klimawandels sind immer deutlicher spürbar.

Eine ungebremste Erderwärmung zerstört unser Ökosystem und bedroht die Lebensgrundlage und den Wohlstand unserer Gesellschaft. Um unkontrollierbare Schäden für die Gegenwart und Zukunft zu vermeiden, müssen die Klimaziele von Paris dringend erreicht werden.

Klar ist aber auch, dass allein durch ambitionierte Klimaziele noch kein Gramm CO₂ eingespart worden ist. Deshalb drängen wir Gewerkschaften auf mehr Tempo bei Energiewende und Klimaschutz. Der Weg in eine CO₂-neutrale Zukunft ist alternativlos, muss aber sozial gerecht ausgestaltet sein und darf niemanden zurücklassen.



Uwe Polkaehn
Vorsitzender des DGB-Bezirks Nord



Mehrdad Payandeh
Vorsitzender des DGB-Bezirks
Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

»» Norddeutschland kommt als bedeutender Standort für Industrie, Dienstleistungen und Energieerzeugung eine besondere Rolle und Verantwortung zu.

Studien zeigen, dass der klimafreundliche Umbau unserer Gesellschaft mit positiven industrie- und beschäftigungspolitischen Effekten verbunden sein kann. Mit einem Paket aus einer ambitionierten Klimaschutzpolitik, einem langfristig angelegten Investitionspfad und einer aktiven Strukturpolitik bietet der Wandel große Möglichkeiten für neue und nachhaltige Beschäftigung und Gute Arbeit. Diese Jahrhundertchance müssen wir ergreifen.

Die Energiewende und der Ausbau der erneuerbaren Energien sind das Herzstück dieses Strukturwandels. Wir wissen aber auch, dass die Energiewende vor großen Herausforderungen steht. Gegenwärtig stockt der notwendige Ausbau der Windenergie und gefährdet damit zukunftsfähige Arbeitsplätze und nimmt wirtschaftliche Chancen.

Aber auch in anderen Feldern – etwa beim Netzausbau oder dem Aufbau von Speicherkapazitäten – besteht dringender Handlungsbedarf. Wenn nun nicht der Schalter kurzfristig umgelegt wird, droht ein zentrales Zukunftsprojekt Deutschlands zu scheitern. Dies hätte weitreichende Konsequenzen für Beschäftigung und Wohlstand in unserem Land.

Norddeutschland kommt dabei als bedeutender Standort für Industrie, Dienstleistungen und Energieerzeugung eine besondere Rolle und Verantwortung zu. Als Gewerkschaftsbewegung haben wir den Anspruch, strukturelle Veränderungen progressiv, innovativ und gerecht zu gestalten. Dieser Grundsatz gilt auch bei der Energiewende und dem sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft. Im aktuellen Zukunftsdialog des DGB spielen deshalb die Themen Klimaschutz, Energiewende und Nachhaltigkeit eine zentrale Rolle.

Als Gewerkschaften in Norddeutschland bringen wir mit diesem Positionspapier unsere Vorschläge und Anforderungen an die Energiewendepolitik ein. Klar ist: Für Symbolpolitik ist keine Zeit mehr. Die Energiewende muss im Interesse aller gelingen.

Eine erkenntnisreiche Lektüre wünschen

Uwe Polkaehn
Vorsitzender des DGB-Bezirks Nord

Mehrdad Payandeh
Vorsitzender des DGB-Bezirks Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Wir brauchen die Energiewende jetzt: fair, nachhaltig, technologisch – gemeinsam...

Die norddeutschen Gewerkschaften sind davon überzeugt, dass in der Energiewende trotz erheblicher Rückschläge bedeutende beschäftigungs- und industriepolitische Chancen für die fünf Küstenbundesländer liegen. Um die Energiewende zum Erfolg führen zu können, bedarf es jedoch der Berücksichtigung der auf den nächsten Seiten erläuterten Punkte:



» Wir brauchen einen echten Kraftakt, in dem aber auch große Chancen für die technologische Erneuerung des ganzen Landes stecken!

Ralf Becker, Landesbezirksleiter IG BCE Nord

Die norddeutschen Gewerkschaften sind davon überzeugt, dass in der Energiewende trotz erheblicher Rückschläge bedeutende beschäftigungs- und industriepolitische Chancen für die fünf Küstenbundesländer liegen. Für eine erfolgreiche Energiewende fordern wir:

- ▶ das energiepolitische Dreieck einer zuverlässigen, bezahlbaren sowie umweltschonenden Energieversorgung um „Gute Arbeit“ und beschäftigungspolitische Aspekte zu einem Viereck zu erweitern.
- ▶ einen technologieoffenen Ansatz sowie die Verknüpfung aller EE-Technologien.
- ▶ planbare und verbindliche Mindestausbauziele für die Windkraft sowie eine zügige und rechtssichere Ausweisung von Windenergienutzungsflächen. Wir brauchen, wie es auch die Regierungschefin und Regierungschefs der norddeutschen Länder erklärt haben, einen gesetzlich verbindlichen Zubaupfad für Onshore-Wind von rund 5 GW jährlich. Zudem muss der Ausbaudeckel Offshore bis 2035 auf mindestens 30 GW angehoben werden.

- ▶ eine stärkere Sektorenkopplung unter Einbeziehung aller Speichertechnologien.
- ▶ einen zügigen und vorausschauenden Netzausbau. Strukturelle Benachteiligungen durch regional unterschiedliche Netzentgelte sind zu vermeiden.
- ▶ eine gerechte Finanzierung der Energiewende verbunden mit einem sozialen Ausgleich.
- ▶ die Befreiung von Stromspeichern und speicherrelevanten Systemen von Steuern und Abgaben.
- ▶ eine massive, sozial-ökologische Investitions-offensive mit den Schwerpunkten Mobilität, Gebäudesanierung und Infrastruktur, deren Finanzierung auch durch öffentliche Klimafonds haushalts- und konjunkturunabhängig organisiert werden kann.

¹ Gute Arbeit wird definiert durch ein auskömmliches Einkommen, tarifvertraglich gesichert, mit Arbeitszeiten, die auf Beschäftigte, Familien und ehrenamtliches Engagement Rücksicht nehmen. Darüber hinaus beinhaltet Gute Arbeit einen effektiven Gesundheits- und Arbeitsschutz sowie ein soziales Sicherungssystem, das vor den Unwägbarkeiten des Lebens und Arbeitens wirksam schützt und auch im Alter ein würdevolles Leben erlaubt. Gute Arbeit ist zudem untrennbar mit betrieblicher Mitbestimmung verbunden einschließlich des Respekts vor den demokratisch gewählten Gremien der Beschäftigten – den Betriebsrätinnen und Betriebsräten – und der Einhaltung ihrer betriebsverfassungsrechtlichen Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte.

... und nur zusammen mit den Beschäftigten



Die Chancen und Risiken für die Beschäftigten im Land müssen gleichberechtigt zu den anderen wichtigen Zielen abgewogen werden. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die vom notwendigen und doch nicht von ihnen verschuldeten Strukturwandel betroffen sind, dürfen nicht die Last der Anpassung allein tragen. Sozialen Ausgleich und qualitativ gleichwertige Beschäftigungsalternativen zu entwickeln muss Aufgabe von Politik und Unternehmen sein. Ein sozialverträglicher Kohleausstieg in den betroffenen Unternehmen ist tarifvertraglich zu sichern. Gleichzeitig gilt es, das hoffentlich wieder einsetzende Beschäftigungswachstum im Bereich der Erneuerbaren Energien mit Guter Arbeit zu verbinden. Die in der konventionellen Energiewirtschaft in Jahrzehnten errungenen Arbeits- und Mitbestimmungsbedingungen müssen auch bei den Unterneh-

men der erneuerbaren Energien zu einer Selbstverständlichkeit werden. Die Kriterien Guter Arbeit müssen fester Bestandteil der Wirtschaftsförderung sein. **Eine gelingende Transformation setzt Mitbestimmung und Tarifbindung als Garant für sozialen Ausgleich der besonders vom Wandel betroffenen Beschäftigten in den verschiedenen Branchen voraus.**

Um die zum Teil widerstrebenden vier Ziele zu erreichen, muss die Energiewende aktiv gestaltet werden und kann nicht dem freien Lauf der Marktkräfte überlassen werden. Der Einbruch der Beschäftigung in der Windindustrie zeigt, dass wir dabei sind eine „Jahrhundertchance“ für Norddeutschland zu verspielen. Wird nur eins der vier Ziele außer Acht gelassen, droht die notwendige Energiewende zu scheitern.

Das derzeit dominante energiepolitische Dreieck einer zuverlässigen, bezahlbaren sowie umweltschonenden Energieversorgung muss durch die Ergänzung beschäftigungspolitischer Aspekte und unter Beachtung von Guter Arbeit zu einem Viereck weiterentwickelt werden.



» Eine erfolgreiche Energiewende muss ganzheitlich gedacht werden. Neben zuverlässiger, bezahlbarer und umweltschonender Energieversorgung muss auch der Aspekt „Gute Arbeit“ im Mittelpunkt stehen.

Thies Hansen,
Betriebsratsvorsitzender GASNETZ Hamburg
und Fachgruppensprecher Energiewirtschaft,
ver.di Hamburg



Offen für alle Technologien: fördern, investieren, entwickeln.



Das Ziel einer CO₂-neutralen Volkswirtschaft bis 2050 ist gewaltig. Die heute abschätzbaren benötigten Energiemengen, um in allen Sektoren aus fossilen Energieträgern auszusteigen, sind bedeutend. Erreichbar ist dieses Ziel nur durch den Einsatz aller Technologieansätze.

Bedeutende Innovations- und Technologiefelder liegen in der Verknüpfung verschiedener dezentraler Energieerzeuger wie Wind, Solar, Geothermie sowie gasförmiger oder flüssiger Energieträger, verschiedener Speichertechnologien (Wasserstoff, Wärme, Batterie, etc.), sowie einer intelligenten Verbrauchssteuerung in den verschiedenen Sektoren.

In der Entwicklung, Herstellung und skalierbaren Anwendung ebensolcher Systeme liegen u. E. die großen Chancen für Norddeutschland, auch für kleinere und mittlere Unternehmen verschiedener Sektoren. Die Wahrnehmung dieser Chancen könnte auch dazu beitragen, die mit der Ener-

gieuwende einhergehenden Transformationsprozesse in Bezug auf die Beschäftigung für den Norden wieder positiv zu gestalten.

Daher fordern die Gewerkschaften eine technologieoffene Forschungsförderung, den Erhalt und Ausbau aller energiebezogenen Infrastrukturen wie Strom-, Gas- und Wärmenetze sowie entsprechender Speicher und den Ausbau der erneuerbaren Energien, wobei im Norden insbesondere dem Ausbau der Windenergie besondere Bedeutung zukommt.



Ole Borgard,
Landesfachbereichsleiter
Energie-, Wasser- und Abfall-
wirtschaft, ver.di Hamburg

»» Der eingeschlagene Weg hin zu einer CO₂-neutralen Volkswirtschaft muss technologieoffen und im Wettbewerb um die innovativsten und energieeffizientesten Lösungen weiter gegangen werden. Dazu ist eine Verzahnung von Wissenschaft mit Betrieb, Mitbestimmung und Gewerkschaften unerlässlich.



Planungssicherheit: Ziele verbindlich machen

Werden Ausbaukorridore zwischen den Wind-, Solar- und Biotechnologien verrechnet, so erschwert dies die Planungssicherheit im Hinblick auf die Flächenausweisung sowohl für Unternehmen als auch Länder und Kommunen.

Die in Norddeutschland bisher wichtige Windindustrie braucht verbindliche Mindestausbauziele. Diese Mindestausbauziele müssen der zunehmenden Sektorenkopplung Rechnung tragen. Die Ausbauziele dürfen mit Blick auf die Klimaschutzziele – die Klimaschutzvereinbarung von Paris eingeschlossen – sowie vor dem Hintergrund zunehmender Verknüpfungen mit dem Wärme- und Mobilitätsbereich nicht als starre Ausbaugrenzen festgelegt werden.

Ausbauziele müssen zukünftig als Mindestausbauziele verstanden werden, die mit zunehmender Sektorenkopplung jährlich nach oben angepasst werden. Kurzfristig

brauchen Investoren und Beschäftigte verlässliche mittelfristige Mengengerüste und Ausbaupfade mindestens bis 2030:

- ▶ Wind an Land: Ausschreibung von 5.000 MW jährlich
- ▶ Wind Offshore: Gesamtzubau von mindestens 20.000 MW bis 2030 und von 30.000 MW bis 2035
- ▶ Schnelle Umsetzung des im Koalitionsvertrag vereinbarten Sonderbeitrags für Offshore-Wind

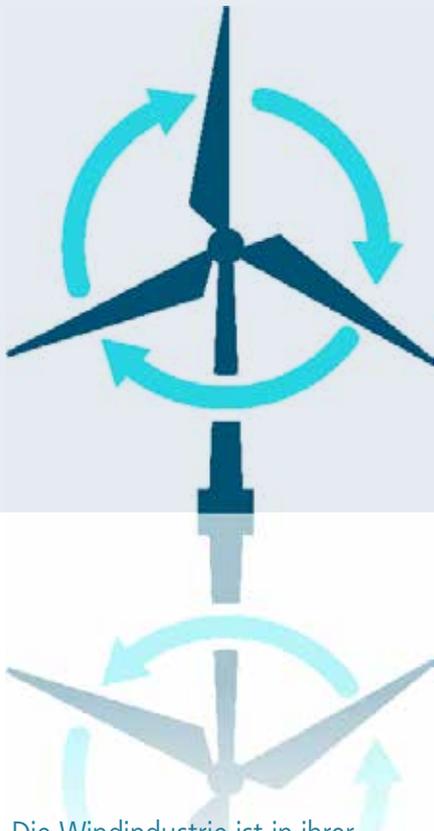
Für die Realisierung dieser Mindestausbaupfade müssen auch die norddeutschen Länder zügig und rechtssicher Windenergienutzungsflächen ausweisen. Die norddeutschen Bundesländer sind dabei auch gefordert, gegenüber dem Bund Ausnahmeregelungen für die Bundesländer bezüglich der vorgesehenen Mindestabstandsregelung im Baugesetz durchzusetzen und auf starre Mindestabstände zu verzichten.

Bei der Gestaltung der Energiewende brauchen alle Beteiligten – vom Betreiber der Anlagen für Erneuerbare Energie über Netzbetreiber und die Anlagenhersteller bis hin zu den energieintensiven Betrieben – ein ausreichendes Maß an Planungssicherheit und Verlässlichkeit, da wir es mit bedeutenden und erst über viele Jahre rentierlichen Investitionen mit erheblichen Planungs- und Vorlaufzeiten zu tun haben.



Svenja Anton,
Betriebsrätin und Mitglied
im Aufsichtsrat Siemens Gamesa

»» Wir fordern einen ambitionierten Ausbau der erneuerbaren Energien, mit verlässlichen Mengengerüsten und Ausbaupfaden mindestens bis 2030. Es geht in den nächsten Monaten um die Zukunft der Windindustrie in Deutschland. Wir befürchten: Wenn Politik und Unternehmen nicht schnell gegensteuern, wird es die Windindustrie mit einer funktionierenden Wertschöpfungskette bald nicht mehr geben.



» Die Windindustrie ist in ihrer Substanz gefährdet. Wir brauchen dringend Klarheit über den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien, anders sind Arbeitsplätze und Klimaschutzziele in Deutschland nicht zu halten.

Von den Unternehmen erwarten wir, dass sie den Kahlschlag stoppen. Wir fordern Kurzarbeit und Qualifizierung statt Entlassungen. Dafür muss auch die Bundesregierung etwas tun: Kurzarbeitergeld sollte länger gezahlt und mit Qualifizierung verbunden werden.



Daniel Friedrich,
Bezirksleiter IG Metall Küste

Diese Mindestausbauziele müssen On- und Offshore zudem so bemessen sein, dass Windanlagenhersteller und Zulieferer, Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Deutschland erhalten bleiben.

Für die Sicherung der Technologieführerschaft in den verschiedenen Sektoren (Erzeugung, Speicherung, Netze, Verbrauch) ist ein kontinuierlicher und dynamischer Ausbau auf dem heimischen Markt von hoher Bedeutung. Nur so können Konzepte für eine wirkliche Vernetzung von Strom, Mobilität und Wärme marktreif entwickelt werden und lohnen sich die Investitionen in Projekte. Das marktreife Angebot solcher Konzepte ist nicht nur Voraussetzung, um auch in Zukunft international erfolgreich zu sein und sich von möglichen Konkurrenten abzuheben, sondern auch für mehr Beschäftigung entlang der gesamten Wertschöpfungskette.

Die hohe Exportquote belegt bereits schon heute, wie stark deutsche Anlagen nachgefragt werden – weil präziser Maschinenbau, innovative Elektrotechnik und solide Projektierungs- und Wartungsleistungen ineinandergreifen. Dieser Vorteil darf nicht aus der Hand gegeben werden. Vor dem Hintergrund der existenzbedrohenden Krise bei der Windenergie gilt es daher die

Windindustrie industriepolitisch zu flankieren, um die Position dieser Branche in Norddeutschland wieder zu stärken.

Hierzu sollten Bund und Länder bezogen auf die Unternehmen z.B. Kreditlinien und Bürgschaften für Investitionen in moderne Fertigung übernehmen, um die dringend benötigten wettbewerbsfähigen Unternehmen zu erhalten und zu stärken.

Bezogen auf die Beschäftigten müssen die norddeutschen Landesregierungen bei der Bundesregierung auf eine Verlängerung der Kurzarbeit von zwölf auf 24 Monate für die Windbranche drängen, um kurzfristig eine Möglichkeit zu schaffen, die Beschäftigten zu halten statt zu entlassen.

Außerdem sollte das „Arbeit-für-morgen-Gesetz“ zügig auf den Weg gebracht werden, damit die Instrumentarien des Qualifizierungschancengesetzes auch bei einem Arbeitsplatzverlust angewendet werden können.

Zudem sind die Bundesländer selbst aufgefordert, gemeinsam mit Gewerkschaften und Unternehmen alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze zu nutzen.

Sektorenkopplung: mit vernetzten Technologien alle Potentiale nutzen. EEG konsequent reformieren.

Die Kopplung und bessere Vernetzung der Teilsektoren Strom, Wärme und Verkehr birgt weiterhin erhebliche ungenutzte Potenziale, kann aber nur gelingen, wenn Speichertechnologien mit den erforderlichen Kapazitäten von Batterietechnik bis hin zu Power-to-X-Lösungen erforscht und bis zur Marktreife entwickelt werden. Hier sind neue Innovationsschübe zu erwarten, welche starke Beschäftigungsimpulse setzen und neue Wertschöpfung auch für Norddeutschland generieren können. Speichersysteme einschließlich von Power to X-Lösungen müssen von sachfremden finanziellen Belastungen befreit und angemessen gefördert werden.

Notwendig für die marktfähige Entwicklung solcher Lösungen ist dabei nicht nur die Ausweitung und Nutzung von Experimentierklauseln, sondern auch eine neu ausgestaltete und den Technologiebedarfen angepasste Regulierung für dauerhafte Sektorkopplungen, die ggf. von Netzentgelten oder auch der EEG-Umlage zu befreien sind, um notwendige Innovationsschübe breitflächig und skalierbar auszulösen. Eine Möglichkeit hierfür ist u.a. Speicher für Erneuerbare Energien und speicherrelevante Systeme, wie z.B. Anlagen zur elektrolyti-

schen Umwandlung von erneuerbaren Strom in flüssige und gasförmige Energieträger, als notwendigen Netzbestandteil zu begreifen und damit von der EEG-Umlage und von Netzentgelten zu befreien.

Der Energieträger Gas spielt eine Schlüsselrolle bei der Realisierung des Zielbilds einer CO₂-neutralen Volkswirtschaft im Jahr 2050. Insbesondere grüne Gase aus Biomasse, Wind und Sonne bieten große Entwicklungschancen zur Gestaltung einer dekarbonisierten Welt, zum Beispiel mit Blick auf den Ausbau von Biomethan oder den Wärmemarkt. Stromgesteuerte, systemdienliche Gas-Kraft-Wärme-Kopplung muss auch nach dem Auslaufen der Förderung nach dem KWK-Gesetz im Jahre 2025 weiterhin verlässlich bis mindestens 2030 gefördert werden. **Dabei muss der Umbau bestehender Kohlekraftwerke in Gas-KWK oder als aus Wärmespeichern betriebene Kraftwerke ebenso ermöglicht werden wie der kontinuierliche Ausbau der Wärmenetze.** KWK-Wärme, zunehmend regenerativ erzeugt, kann wesentlich dazu beitragen, dass die Klimaschutz-Sektorziele für den Wärmebereich erreicht werden.



» Wenn »grüner« Wasserstoff im industriellen Maßstab produziert und sektorenübergreifend eingesetzt werden soll, muss der regulatorische Rahmen so angepasst werden, dass eine enge Zusammenführung verschiedener Energiewende-Projekte unterstützt wird. Gesetze zur Abregelung von Windkraftanlagen müssen so gestaltet werden, dass die zur Verfügung stehende Energie für die regionale Produktion von »grünem« Wasserstoff genutzt werden kann. Das ist einer von mehreren notwendigen Schritten für eine Dekarbonisierung der Sektoren Wärme, Verkehr und Industrie.



Claus-Peter Schmidtke,
Betriebsratsvorsitzender
Raffinerie Heide



Regional und sozial gerecht: Integrierter Netzausbau für Strom, Gas und Wärme.

Der Ausbau der Netze ist zudem zügig und vorausschauend voranzutreiben. Als wesentlicher Eckpfeiler der Energiewende muss es zu einer integrierten Netzplanung für Strom-, Gas- und Wärmenetze zur Erreichung der Klimaziele und sinnvoller Sektorenkopplung kommen.

Es muss zügig gelingen, im Bereich der Netzentgelte Kosten- und Verteilungsgerechtigkeit herzustellen. Die derzeit regional unterschiedlichen Netzentgelte führen nicht nur zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen bei Haushalten und Unternehmen, sondern schaffen auch falsche Anreize, da insbesondere strukturschwache Regionen sich besonders für die Erzeugung erneuerbarer Energien eignen, dort Einnahmen generieren und doch durch die höheren Netzentgelte strukturell benachteiligt sind. **Die Kosten der Energiewende müssen alle tragen.** Das Gesamtenergiesystem zur Erreichung der Klimaziele funktioniert nicht ohne den Ausbau der Verteilnetzinfrastuktur, welche bereits heute über 95% der Erneuerbaren Anlagen in das Gesamtnetz einbindet und auch zukünftig insbesondere die zur Sektorenkopplung erforderlichen Systemteile überwiegend anschließen wird. Daher ist in

Bezug auf die Verteilnetze eine Abkehr von heute nur rein regional getragenen Ausbaukosten zur Einbindung erneuerbarer Energien – mit den dabei entsprechend stark unterschiedlich regionalen Belastungen – eine Kosten- und Verteilungsgerechtigkeit herzustellen. Bundeseinheitliche Netzentgelte sind daher unumgänglich. Die Regelung der Netzentgelte muss zudem zu einer Anreizregulierung für Investitionen in innovative Netzstrukturen umgestaltet werden.

Zudem müssen im Regulationssystem Personalkosten neutral gestellt werden, um bei Kostenreduzierungsvorgaben nicht einem Lohndumping Vorschub zu leisten. Ein solcher Lohndumpingwettbewerb würde die dringend im Netzum- und -ausbau benötigten hochqualifizierten und –spezialisierten Fachkräfte aus der Branche drängen.



>> Der Netzausbau muss weiter forciert werden, um auch in Zukunft Beschäftigung und Beschäftigungsbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen abzusichern. Allerdings muss sichergestellt werden, dass hier keine Regionen oder Netzbetreiber benachteiligt werden.

Karina Hansen

Mitglied im Gesamtbetriebsrat HanseWerk Gruppe, Mitglied in der ver.di Bundesfachgruppe Energie und im Bundesfachbereichsvorstand Ver- und Entsorgung

Finanzierung: Gerecht verteilen



Strom, Wärme und Mobilität muss auch für Haushalte mit geringem Einkommen bezahlbar bleiben. Künftig muss die gesamtgesellschaftlich gewollte Energiewende viel stärker über das progressive Steuersystem finanziert werden. Die DGB-Gewerkschaften haben hierfür bereits die Grundzüge für einen steuerfinanzierten Energiewendefonds vorgelegt. Durch den Fonds sollen die Technologieentwicklungskosten, die im Rahmen der Einspeisevergütung bei Anlagen der ersten Vergütungsjahre einen wesentlichen Teil der Umlagekosten verursachen, unter Beibehaltung der garantierten Einspeisevergütung einer anderen Finanzierungsform zugeführt werden.

Die Energiebesteuerung gehört auf den klimapolitischen Prüfstand, auch mit dem Ziel, Haushalte mit geringem Einkommen überproportional zu entlasten. **Dazu zählt die von den Gewerkschaften schon länger geforderte Reduzierung der Strom-**

steuer, die Glättung der regressiven Verteilungswirkung durch eine Pro-Kopf-Erstattung, die Einführung eines Mobilitätsgeldes anstelle der Pendlerpauschale sowie ein zusätzlicher Härtefallfonds für besonders Betroffene.

Die Bundesregierung muss zudem Antworten darauf liefern, wie ungeachtet der Tatsache, dass auf dem Strommarkt in den kommenden Jahren Überkapazitäten abgebaut werden müssen, gesicherte Leistung in Anbetracht der Großhandelspreisentwicklung finanziert werden soll, wenn der weitere Zubau der erneuerbaren Energien den Großhandelspreis aufgrund der Vermarktungssystematik weiter drücken wird. Den notwendigen konventionellen Kraftwerken ist daraus eine hinreichende Ertragsperspektive zu entwickeln, welche moderne, klimafreundliche und systemdienliche Kraftwerke systematisch bevorzugt. Zudem ist für bestehende Kraftwerksstandorte zu prüfen, ob und wie sie in einer

Die norddeutschen Gewerkschaften fordern von den Koalitionspartnern eine gerechte Finanzierung der Energiewende. Aufgrund der derzeit überwiegend regressiv wirkenden umlagebasierten Finanzierung der Energiewende werden Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen überproportional zur Finanzierung herangezogen.



Uwe Polkaehn
Vorsitzender des DGB-Bezirks Nord

»» Die Energiewende muss als große Chance für die Erneuerung unseres Landes begriffen und genutzt werden. Vom Norden aus können wir zeigen, dass Wachstum, soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, die Sicherung und der Aufbau von guter Arbeit sowie Klimaschutz und Ressourcenschonung keine Widersprüche sein müssen. Das geht aber nur mit einer gerechten Finanzierung.



CO₂-neutralen Volkswirtschaft neben der Leistungsabsicherung auch als Erzeuger von gespeicherter erneuerbarer Energie dienen können (Wärme- und/oder Gasspeicher auf den bestehenden Kohlelagerflächen).

Die zuletzt erfolgte Umstellung der Förderung auf das Ausschreibungsmodell muss kritisch evaluiert werden. Es muss der Nachweis erbracht werden, dass die niedergelegten Grundsätze der Energiewende unterstützt werden und nicht nur ein markttheoretisches Mo-

dell nach dem Grundsatz „Hauptsache billig“ durchgepeitscht werden soll.

Eine solche Evaluation beinhaltet auch die Untersuchung der Auswirkungen auf die Beschäftigung und deren Qualität, den Beitrag zur Systemintegration, auf die Akteursvielfalt und schließlich auf die Akzeptanz der erneuerbaren Energien. Schon heute ist absehbar, dass durch die Umstellung auf Ausschreibungen Projekte sich mindestens deutlich verzögern und der massive Preisdruck zu Lasten der Beschäftigten in der Branche geht.



Donald Magdanz

Betriebsratsvorsitzender,
Vestas, Lübeck

» Die Bundesregierung steht bei den Betriebsräten massiv in der Kritik. Unsere Betriebsräteumfrage im Norden ergab: Fast alle Betriebe klagen über keine oder nur geringe Unterstützung für die Windindustrie. Auch die neu eingeführten Ausschreibungen führten in den meisten Unternehmen zu fast keinen positiven Effekten. Wir Betriebsräte sehen dadurch einen massiv gestiegenen Kostendruck, der häufig zu Lasten der Beschäftigten geht.

Energiewende: massive Investitionen in Mobilität, Infrastruktur und Gebäudesanierungen notwendig

Selten war die Gelegenheit hierfür so günstig. Der Bund kann sich langfristig zu negativen Zinsen verschulden. Das Dogma einer schwarzen Null muss aufgegeben werden, da sie für sich genommen keine sinnvolle Wirtschaftspolitik ist. Zudem setzt das Ziel einer CO₂-neutralen Gesellschaft kontinuierliche Investitionen von einem erheblichen Umfang voraus.

Die Kapitalaufnahme für die notwendige Investitionstätigkeit ließe sich über staatliche Klimafonds etwa auf Ebene der Länder effizient, transparent und schuldenbremsenkonform organisieren. Diese Fonds arbeiten eigenständig und damit unabhängig von Konjunktur und Haushalt. Damit sind sie das perfekte Instrument für eine langfristig angelegte Investitionsplanung, die sowohl ökologisch, sozial als auch ökonomisch sinnvoll ist. Denn jede Milliarde, die der Staat für seine Infrastruktur ausgibt, erzeugt zusätzliche private Investitionen von 1,5 Milliarden Euro.

Die norddeutschen Gewerkschaften bekennen sich eindeutig zu den Klimaschutzzielen, wie sie in Paris niedergelegt sind. Sie drängen auf eine dynamische Fortsetzung der Energiewende und ein gesamtwirtschaftliches sektorenübergreifendes Energiekonzept, welches sich auch in Marktanzreizprogrammen, Forschungsförderung und der vorausschauenden Bereitstellung von Infrastruktur niederschlägt.

Die norddeutschen Gewerkschaften übernehmen Verantwortung für den Prozess. Sie erwarten aber auch von allen Parteien, Nichtregierungsorganisationen, Landesregierungen und der Bundesregierung ein eindeutiges Bekenntnis zu den betroffenen Beschäftigten und den bestehenden Wertschöpfungsketten in Deutschland, einschließlich der energieintensiven Sektoren.

Eine Verdrängung der Produktion aus Deutschland heraus trägt weder zu einer klimafreundlicheren Produktion mit zu meist kaum vorhandener Umweltgesetzgebung im Ausland bei, noch ist sie geeignet, den berechtigten Anspruch der Beschäftigten auf Gute Arbeit sicherzustellen. **Es gilt, Produktion und Dienstleistungen nachhaltiger zu gestalten und so auch im weltweiten Maßstab ein Beispiel zu schaffen, wie erfolgreiches Wirtschaften mit den Klimaschutzzielen und sozialen Zielen in Einklang zu bringen sind.**

Alle gesellschaftlichen Gruppen sind daher aufgefordert, im eigenen Einflussbereich und auch gemeinsam für die Akzeptanz sowohl erneuerbarer Energien als auch energieintensiver Produktion unter guten Arbeitsbedingungen zu werben.



>> Wir brauchen einen langfristig angelegten Investitionsplan, wenn Energiewende und der sozial-ökologische Umbau unserer Gesellschaft gelingen sollen. Öffentliche Klimafonds können wichtige Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur und Mobilität zielgerichtet und wirkungsvoll anschieben. Das ist finanziell, ökologisch und sozial nachhaltig! Eine solche Investitionsoffensive darf nicht an Schuldenbremse und schwarzer Null scheitern.



Mehrdad Payandeh

Vorsitzender des DGB-Bezirks

Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

